

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **Maßnahmen der Bundesregierung zum Lawinenschutz in Österreich (Aktionsprogramm zum präventiven Lawinenschutz in Österreich 2019 – 2022)**

Der Winterverlauf 2018/19 mit intensiven Starkschneefällen und damit verbundenen kritischen Lawinensituationen hat zu einer starken Belastungsprobe der Lawinenschutzinfrastruktur wie auch der gesamtstaatlichen Zusammenarbeit im Katastrophenfall geführt. Ausschlaggebend für die teilweise intensiven und langanhaltenden Schneefälle vor allem in den Nordstaulagen der Alpen waren sogenannte „Blockierende Wettersysteme“, also solche, die ein Weiterziehen der Luftmassen behinderten und somit lokal/regional die Starkschneefälle begünstigten. Diese Wetterphänomene sind Ausdruck eines sich verändernden Klimasystems und damit des Klimawandels. Die Folge waren von der Außenwelt abgeschnittene Täler, gesperrte Straßenverbindungen, massive Schneedeckenhöhen auf Dächern, Evakuierungen, Stromausfälle sowie Lawinenabgänge auf den Siedlungs- und Kulturraum, aber auch im freien Gelände.

In einer ersten Zwischenbilanz kann festgehalten werden, dass sowohl die Lawinenschutzinfrastruktur (inkl. dem Schutzwald) als auch die Zusammenarbeit im gesamtstaatlichen Katastrophenmanagement funktioniert und sich somit alle Investitionen und Interventionen der Öffentlichen Hand in den Lawinenschutz bestens bewährt haben. Dadurch wurde wesentlich zur unmittelbaren wie mittelbaren Schadensverhinderung beigetragen sowie vor allem zur Sicherung der Wirtschaftsfähigkeit der betroffenen Orte unter anderem aus dem Wintertourismus ermöglicht. Großer Dank dafür gebührt insbesondere den zahlreichen Einsatzorganisationen (Feuerwehr, Bergrettung, Alpinpolizei etc.) die größtenteils unter der Prämisse der Freiwilligkeit und des Ehrenamts unglaublichen Einsatzwillen zeigen und somit einen großen Anteil an gelebter Solidarität in Österreich haben. Hervorzuheben ist dabei auch die Assistenzleistung des Österreichischen Bundesheeres im Krisenfall, die keineswegs als Selbstverständlichkeit anzusehen ist.

Leider sind dennoch auch in diesem Winter Todesopfer infolge von Lawinenabgängen im freien, ungesicherten Gelände zu beklagen. Solche Lawinenabgänge, verursacht durch „leichtsinniges“ Verhalten im freien Gelände, haben oftmals Einsätze ausgelöst, die für die Einsatzkräfte eine Gefährdung darstellten. Rettungseinsätze und Personensuchen mussten meist unter schwierigsten Bedingungen durchgeführt werden.

Aus aktuellem Anlass hat die Bundesregierung unter Vorsitz von Bundesministerin Elisabeth Köstinger und Bundesminister Mario Kunasek am 26. Februar 2019 Expertinnen und Experten sowie Betroffene zu einem Lawinengipfel eingeladen. Dabei ging es vor allem um folgende Themen im Zusammenhang eines nachhaltigen, zukunftsorientierten und dem Wohle der österreichischen Bevölkerung – wie auch der zahlreichen Wintertouristen in unserem Land – dienenden Umgangs mit krisenhaften Schnee- und Lawinensituationen in Österreich:

- Eine Evaluierung der rechtlichen Grundlagen und Konsequenzen beim Alpensport, insbesondere auch im Hinblick auf die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit zwischen Tourismus, Gemeinden und Öffentlicher Hand, soll erfolgen.
- Die Bedeutung des Freiwilligenwesens für die Einsatzorganisationen ist – aus mehreren Gründen – unbezahlbar und damit ein Grundpfeiler an gelebter Solidarität in Österreich. Die vielen Freiwilligen in diesem Land stoßen allerdings oft an ihre Grenzen. Hier sollen Möglichkeiten für Erleichterung geprüft werden.
- Eine Stärkung der Assistenzfähigkeit des Bundesheeres zur Bewältigung von zukünftigen klimabedingten Extremsituationen wird angestrebt.
- Eine weitere Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Wildbach- und Lawinverbauung und dem Österreichischen Bundesheer (Erneuerung des Kooperationsübereinkommens) ist nötig.
- Die österreichischen Talschaften müssen als Lebens-/ Wirtschafts- und Erholungsraum gegen lawinenbedingte Gefährdungen abgesichert werden. Daher braucht es eine laufende Evaluierung, inwieweit das vorhandene Spektrum an Maßnahmen zum Schutz vor Naturgefahren ausreicht. Insbesondere die Wiederherstellung der Schutzfunktion unserer Wälder ist wichtig, weshalb der Erstellung einer Schutzwaldstrategie große Bedeutung zukommt.

Es ist der Österreichischen Bundesregierung ein Anliegen, auf den bisher erreichten – und international durchwegs in Vorreiterrolle stehenden – Maßnahmen zum Lawinenschutz in Österreich aufzubauen und Maßnahmen zum Schutz vor lawinenbedingten Gefährdungen aktiv voranzutreiben. Insbesondere die Stärkung der Präventivmaßnahmen und die Förderung der Eigenverantwortung stehen mit im Vordergrund. So können beispielsweise Gemeinden ihr Gefahrenrisiko mit Hilfe des Gefahrenzonenplans des Bundesministeriums für

Nachhaltigkeit und Tourismus ([www.naturgefahren.at](http://www.naturgefahren.at)) besser evaluieren und einschätzen. Ein verantwortungsvoller Blick nach vorne ist hierbei sehr wichtig.

Um den zukünftigen Herausforderungen im Bereich des Lawinenschutzes begegnen zu können, beschließt die Bundesregierung ein „Aktionsprogramm zum präventiven Lawinenschutz 2019 bis 2022“.

### **Aktionsprogramm der Bundesregierung zum präventiven Lawinenschutz in Österreich 2019 – 2022**

Systematischer Lawinenschutz hat in Österreich eine mehr als 130-jährige Tradition. So wurde in den letzten Jahrzehnten – insbesondere nach der Lawinenkatastrophe in Galtür 1999 – massiv in den Lawinenschutz investiert. Jährlich werden vom Bund bis zu 10 Mio. Euro im Technischen Lawinenschutz sowie ca. 15 Mio. Euro im Schutzwald eingesetzt. Diese Maßnahmen werden von der Wildbach- und Lawinenverbauung des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus in Zusammenarbeit mit den Landesforstdiensten und betroffenen Gemeinden umgesetzt.

Ständiges Monitoring, Inspektion, Wartung und Instandhaltung der Schutzbauten ist eine zentrale Hauptaufgabe und war vor allem in der kritischen Phase des diesjährigen Winters äußerst wichtig, um auf funktionierende und gut instandgehaltene Schutzbauten vertrauen zu können.

War bisher die vorbeugende Betreuung der technischen Schutzbauten der Schlüssel zum Erfolg, so sind nun Maßnahmen zum Ausbau der Schutzinfrastruktur, zur Förderung eines funktionierenden Schutzwalds und zur Instandhaltung der Schutzbauten sowie die Weiterentwicklung der Gefahrenzonenpläne zu forcieren.

Für folgende Projekte sind daher im Bereich der Wildbach- und Lawinenverbauung zusätzliche Investitionen in den Lawinenschutz für 2019 bis 2022 notwendig:

- Rasche Umsetzung von erforderlichen Schutzprojekten (Stützverbauungen, Verwehungszaune, Ablenk- bzw. Auffangdämme) als Folge der Starkschneefälle zum Schutz von Siedlungen und wichtigen Verkehrsinfrastrukturen unter dem speziellen Fokus der Erreichbarkeit der Ortschaften.
- Schutzwaldprojekte infolge der durch Lawinen verursachten Schäden in den Objektschutzwäldern.

- Maßnahmenpaket „Gleitschneeschutz- Aufforstung“ zum Schutz einer Vielzahl von Einzelobjekten vor Gleitschneelawinen.
- Sonderprojekte Inspektion, Wartung und Erhaltung bestehender Lawinenschutzsysteme.
- Weiterentwicklung bzw. Neuentwicklung der österreichischen Lawinenmodelle, um die Gefahrenzonenplanung und damit den Stand des Wissens und der Technik im Schutz vor Naturgefahren, die Sicherheitspolitik wie auch die Raumplanung und Bauordnung weiter sicher zu stellen.

Dieses Sonderinvestitionsprogramm der Bundesregierung erfordert **zusätzliche Bundesmittel aus dem Katastrophenfonds von 45 Mio. Euro bis 2022.**

Durch dieses Sonderinvestitionsprogramm wird einerseits ein verbesserter Lawinenschutz der Bevölkerung im ländlichen Raum erreicht aber auch schwerpunktmäßig eine unabdingbare Voraussetzung insbesondere für einen sicheren Wintertourismus in Österreich geschaffen. Die dafür notwendige Bedeckung ist im Katastrophenfondsgesetz gegeben.

Wir stellen daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

27. Februar 2019

Elisabeth Köstinger  
Bundesministerin

Mario Kunasek  
Bundesminister